

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 9

13.03.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **3**

STARTSCHUSS FÜR DIE WELCOME CENTER **3**

PENSIONS FONDS: NEUE REGELN SIND ZEITGEMÄß **3**

SPD-FRAKTION STEHT ZU WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN **4**

KONFERENZ DER FRAUENPOLITISCHEN SPRECHERINNEN IN MAINZ **5**

PFLEGE-PIONIERIN MALU DREYER **5**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Sorge betrachte ich die Pläne des CSU-Bundesverkehrsministers zur sogenannten Pkw-Maut. Sie mag im gemeinsamen Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU vereinbart sein, aber niemand kann von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verlangen, dass wir die massiven rechtlichen Bedenken der EU-Kommission, die ungeklärten Fragen bezüglich des Datenschutzes sowie die womöglich negativen Auswirkungen auf den "kleinen Grenzverkehr" – in Rheinland-Pfalz von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung – so einfach beiseiteschieben. Zu einem Maut-Murks darf es nicht kommen. Die Union steht hier in besonderer Verantwortung. Aus dieser werden wir sie nicht entlassen, auch nicht in Rheinland-Pfalz.

Wir stehen genau ein Jahr vor der Wahl. Wie Ihr diese Woche in der Landespresse verfolgen konntet, stimmen sich auch die Medienvertreter bereits auf die kommenden Monate ein. Schön, dass unser Koalitionspartner sich so deutlich zur Koalition bekennt. In den Reihen unserer Fraktion gibt es den absoluten Wunsch, weiter mit den Grünen zu regieren. Gemeinsam regieren wir erfolgreich und harmonisch und haben mit Ihnen die größte programmatische Überschneidung. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass sich folgende Konstellationen gegenüber stehen werden: Rot-Grün gegen CDU und AfD. Die offene Frage an die CDU im Land lautet daher: Wie haltet Ihr es mit der AfD? Für uns ist klar: Wir wollen mit Rot-Grün weiterregieren. Dafür arbeiten wir gemeinsam.



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Startschuss für die Welcome Center

Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung zu. Für den langfristigen Erfolg der Wirtschaft und damit für Arbeit und Wohlstand in Rheinland-Pfalz muss gewährleistet sein, dass Unternehmen genügend Fachkräfte haben. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen stehen unter Druck. Denn im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte haben es gerade diese Unternehmen schwer, mit großen Betrieben und global agierenden Unternehmen zu konkurrieren.

Ein wichtiger Baustein zur Fachkräftesicherung ist daher die Gewinnung von Fachkräften aus dem europäischen und nicht-europäischen Ausland. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion die Gründung von Welcome Centern im vergangenen Jahr parlamentarisch auf den Weg gebracht. SPD-Abgeordnete hatten sich zuvor in Hamburg über ein dortiges Welcome Center informiert. Jetzt erfolgte der offizielle Startschuss mit unserer **Ministerpräsidentin Malu Dreyer**, unserer **Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** und **Wirtschaftsministerin Eveline Lemke**. Unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth** erklärt dazu: *„Die Welcome Center können einen Beitrag leisten, dass Rheinland-Pfalz als weltoffenes Land wahrgenommen wird und so einen Standortvorteil im Wettbewerb um Fachkräfte hat. Wichtig ist, dass die Industrie- und Handelskammern als Partner mit im Boot sind. An ihren Standorten werden die Welcome Center angesiedelt.“*

Pensionsfonds: Neue Regeln sind zeitgemäß

Um die Versorgung der nach 1996 eingestellten pensionierten Beamten in Rheinland-Pfalz sicherzustellen, wurde bereits im Jahr 1996 der rheinland-pfälzische Pensionsfonds eingerichtet. Im Jahr 2010 wurde eine neue Schuldenregel für den Landeshaushalt in der Landesverfassung festgeschrieben, die ab 2020 in Kraft tritt. Unsere **Finanzministerin Doris Ahnen** hat unter anderem deshalb und unter Berücksichtigung der Vorsorgepraxis der anderen Bundesländer eine Überprüfung des Pensionsfonds in seiner bisherigen Form vorgenommen und eine Neuregelung des Pensionsfonds vorgeschlagen. Die Versorgungslasten sollen künftig durch den Pensionsfonds teilfinanziert werden anstelle der Vollfinanzierung für die seit 1996 neu eingestellten Beamtinnen und Beamten. Die

SPD-Landtagsfraktion folgt der Bewertung unserer Finanzministerin, denn „die wichtigste Vorsorge für die wachsenden Pensionslasten ist ein strukturell neuverschuldungsfreier Landeshaushalt“, wie unser finanzpolitischer Sprecher **Dr. Denis Alt** betonte.

Weitere Neuregelungen: Die Möglichkeit einer Anlage in Landesanleihen bleibt erhalten. Die künftig mögliche Einbeziehung der Bundesbank bei der Anlagestrategie kann in der aktuellen Situation ein sinnvolles Instrument der Anlageoptimierung sein. Für die SPD-Fraktion ist wichtig, dass mit der anvisierten Neuregelung eine Stärkung des Landtags verbunden ist. Als Haushaltsgesetzgeber hat er künftig über die Höhe der Zuführungen aus dem Landeshaushalt an den Fonds und über die ab 2020 möglichen Entnahmen zu entscheiden.

Mit der von der Landesregierung angestoßenen Neuregelung des Pensionsfonds wird dessen Vorsorgefunktion den derzeitigen Umständen angepasst. Rheinland-Pfalz betreibt künftig die Pensionsfondsvorsorge analog zu Regelungen in anderen Bundesländern. Allerdings nimmt die rheinland-pfälzische Vorsorge auch aufgrund des seit 1996 aufgebauten Vermögens und der damit verbundenen Anlagemöglichkeiten weiterhin eine Spitzenstellung ein.

SPD-Fraktion steht zu Werkstätten für behinderte Menschen

In den Werkstätten für behinderte Menschen wird seit Jahrzehnten sehr gute Arbeit geleistet – von den Beschäftigten und von den Leitungspersonen sowie den Betreuern. Die Mitglieder der SPD-Fraktion überzeugen sich davon derzeit bei Besuchen in Einrichtungen in den Wahlkreisen. Die berufliche Teilhabe und die Eingliederung von Menschen mit Behinderung funktioniert in Rheinland-Pfalz gut.

Mit Blick auf den Rechnungshofbericht zur Finanzierung der Behindertenwerkstätten halten unsere Vorsitzende des Arbeitskreises für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie **Kathrin Anklam-Trapp** und unsere behindertenpolitische Sprecherin **Heike Scharfenberger** fest: *„Als SPD-Fraktion stehen wir an der Seite der Betriebe der Eingliederungshilfe. Dort erfahren die Menschen, die wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung keiner Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nachgehen können, Anerkennung und Wertschätzung. Selbstverständlich nehmen wir auch die Hinweise des Rechnungshofes zur Finanzierung der Werkstätten ernst. Wir werden den Bericht genau unter die Lupe nehmen, und die Hinweise mit den Verbänden und Institutionen besprechen.“*

Eine pauschale Verurteilung, wie sie nun von Teilen der CDU-Fraktion vorgenommen wird, erschüttert die vertrauensvolle Verbindung zu den Trägern der Eingliederungshilfe und führt dazu, dass politische Spielchen auf dem Rücken der betroffenen Menschen ausgetragen werden. Das ist nicht unser Stil.

Konferenz der frauenpolitischen Sprecherinnen in Mainz

Die frauenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Landtagsfraktionen, des Bundestages und der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben auf ihrer Konferenz in Mainz nachdrücklich dazu aufgerufen, auf Bundesebene rasch das geplante Prostitutionschutzgesetz zu verabschieden. *„Mit der Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und einer Schutzaltersgrenze von 18 Jahren sind wichtige Punkte im Gesetzentwurf enthalten“*, erklärt dazu unsere frauenpolitische Sprecherin **Petra Elsner**. Gerade jüngere Frauen unter 21 sollten nicht in die Illegalität gedrängt werden, sondern von den gesetzlichen Regelungen profitieren. Richtig sei auch, dass es keine verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen geben werde, sondern lediglich eine Gesundheitsberatung. Die Sprecherinnen begrüßten einhellig, dass es zudem neue Regelungen im Bereich des Menschenhandels und der Zwangsprostitution geben solle.

Als zentrales Thema wurde überdies das Entgeltgleichheitsgesetz behandelt. *„Die Frage der Lohngerechtigkeit beschäftigt uns seit vielen Jahrzehnten. Wir begrüßen sehr, dass es nun auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung geben soll. Wir brauchen eine öffentliche Debatte über bestehende Lohnungerechtigkeiten“*, fordert unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin **Dr. Tanja Machalet**.

Pflege-Pionierin Malu Dreyer

Unsere **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** ist in Berlin mit dem Deutschen Pflegepreis ausgezeichnet worden. Für unseren **Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer** ist Malu Dreyer deshalb eine *„Pionierin der deutschen Pflegepolitik“*. Anfang der 2000er Jahre hat sie Qualitätsverbesserungen in der Pflege zur Chefsache gemacht und ist damit auf Ebene der Bundesländer vorgeprescht. Als rheinland-pfälzische Sozialministerin hat sie die Fachkräftestrategie „Gesundheitsfachberufe“ sowie die Initiative "Menschen pflegen" gestartet, um die für die Pflege zuständigen Verbände und Organisationen an einen Tisch zu holen und um die Situation der Pflegebedürftigen zu verbessern. Als Ministerin hat Malu Dreyer die Einrichtung von Pflegestützpunkten vorangetrieben, an die sich

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Pflegebedürftige und deren Angehörige wenden können. Mittlerweile gibt es in Rheinland-Pfalz 135 solcher Stützpunkte, das Land ist damit bundesweiter Vorreiter.

*„Durch ihr politisches Auftreten für die hilfsbedürftigen Menschen und für die Fachkräfte hat sie der Pflege eine starke Stimme gegeben“, betont unser Fraktionsvorsitzender und ehemaliger Sozialminister **Alexander Schweitzer**. „Als pflegepolitische Expertin wirkt Malu Dreyer nicht nur sachpolitisch, sondern ihr ist auch anzumerken, wie sehr ihr die betroffenen Menschen am Herzen liegen.“* Auf das Konto von Malu Dreyer geht auch die in ihren letzten Jahren als Fachministerin auf den Weg gebrachte Gründung einer Berufskammer für die in der Pflege Beschäftigten in Rheinland-Pfalz. Diese Pflegekammer, für die der rheinland-pfälzische Landtag die gesetzliche Grundlage geschaffen hat, ist bundesweit einzigartig.

Der Deutsche Pflegepreis wird seit 1999 alle zwei Jahre vom Deutschen Pflegerat verliehen. Die Auszeichnung wird an diesem Freitag, 13. März, in Berlin Malu Dreyer überreicht.